

DM 1,-

# DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Juni 06/2000

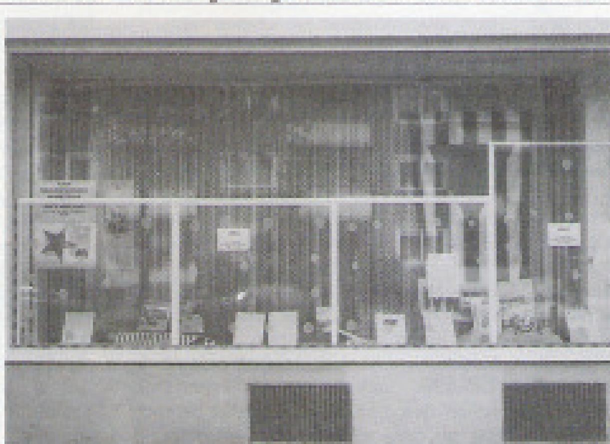
## Kein politischer Zusammenhang zu erkennen?

Erneut wurde am Ostersamstag die Schaufensterscheibe unseres Landesbüros eingeschlagen, zum zweiten Mal in diesem Jahr. Seit wir dieses Büro 1983 bezogen haben, gab es ein Dutzend Beschmierungen, Beklebungen, Farbbeutel- und Brandsatzwürfe, zahlreiche Drohungen über anonyme Briefe und Anrufe bis hin zu persönlichen Morddrohungen gegen Willy und Tilla zuhause.

Auf dem Waller Polizeirevier wurde uns erklärt, es werde ausschließlich wegen Sachbeschädigung ermittelt. Anhaltspunkte für einen politischen Hintergrund seien nicht zu erkennen, es gäbe kein Bekennerschreiben. Die Staatsanwaltschaft werde sich zu gegebener Zeit an uns wenden. Dies hat sie auch in der Vergangenheit getan, mit Einstellungsbeschlüssen. Unseres Erachtens ist es kein Zeichen einer Einzeltat, wenn wie im Januar diesen Jahres der Ankündigung einer Ausstellung über "Deutsche in der französischen Résistance" in der Presse das Aufsprayen einer "Wolfsangel" folgt und eine Woche später die Scheibe völlig zerstört wird.

Zudem hatten wir aufgrund uns über Internet zugegangener, allerdings sehr allgemeiner Informationen über mögliche Attacken auf linke und jüdische Informationsstellen sowie demokratische Politiker verschiedener Parteien Strafanzeige gestellt und die Mitbetroffenen informiert. Uns traf es als erste.

Die VVN-BdA ist nicht die einzige Organisation, die ins Fadenkreuz neofaschistischer Angriffe geraten ist. Wurden in früheren Jahren Frauenbuchläden, Büros linker Jugendorganisationen und Ausländerkulturläden zum Hauptziel neofaschistischer Sachbeschädigungen, so richten sich ihre Attacken derzeit gegen Organisationen, die bemüht sind die Öffentlichkeit über die Gefahren aufzuklären, die von organisierten Zusammenschlüssen in der neofaschistischen Szene ausgehen. Solche Wellen von Attacken erfolgen verstärkt zu für Neofaschisten wichtigen Daten. Aufgrund der verstärkten Provokationen seitens neofaschistischer Kräfte zum 1. Mai letzten Jahres und darüber hinaus hatten wir neugewählten Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft bereits zur Konstituierung über einen Beschluss des Schweriner Stadtparlaments informiert, neofaschistischen Organisationen keinen öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Angesichts des provozierenden bundesweiten Auftretens der NPD in diesem Jahr forderten wir sie erneut auf, ein klares Signal zu setzen, dass auch in Bremen neofaschistischen Gruppen kein öffentlicher Raum zur Verfügung gestellt wird. Bei Verboten neofaschistischer Demonstrationen führten die Behörden bisher lediglich an, ein störungsfreier Ablauf sei aufgrund linker Gegendemonstrationen nicht gewährleistet. Es muss ein für alle Mal im Vorfeld gesichert sein, dass das Zeigen verbotener Embleme, das Skandieren von Heil-Rufen, das Ausleben rassistischer Sprüche untersagt bleibt.



So wird von Rechts "argumentiert": Mit dumpfer Gewalt gegen Glas

Wir forderten die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Grüne auf, in einer Anfrage den Senat nach Erkenntnissen der zuständigen Behörden über erneute organisatorische rechtsextreme Zusammenhänge und mögliche geplante Anschläge zu befragen.

**Raimund**

## Wilde Rosen für Homme Hoekstra

Der Verein "Use Akschen", ein Zusammenschluss ehemaliger Werftarbeiter der A.G.Weser, legt rund um das Zwangsarbeiter-Monument am Schwarzen Weg ein Beet mit wilden Rosen an. Über ihre Beweggründe erklärten die Mitglieder, dass in einer Zeit, in der mehr und mehr Vereinsmitglieder sterben, Erinnerungen an das, was geschehen ist, eine wachsende Bedeutung zukommt. Sie sehen es als Verpflichtung an, an Kollegen zu erinnern, denen großes Unrecht geschehen ist, und damit zu mahnen, dass es nicht noch einmal geschehen darf. Der Beirat Gröpelingen bewilligte am 26. April 500.- DM für die Beschaffung der Rosen, Erde, Platten, etc. Seit mehr als sechs Monaten war es Konsens unter den Fraktionen und wurde nun umgesetzt. Anfang Mai begannen Mitglieder von "Use Akschen" mit den Gestaltungsarbeiten. Das Sozialwerk der Freien Christengemeinde als Eigentümer des Geländes brachte kleinere Verbesserungsvorschläge zur konkreten Gestaltung ein. Dieses halbrunde Beet hat einen Durchmesser von vier Meter vom Basispunkt Platterweg. Auch hinter dem Mahnmal ist eine Buschbepflanzung angedacht. Der Platterweg wird auf Wunsch der Familie umgestaltet, damit die Anlage nicht zu sehr an ein Grab erinnert. Die Zubringerstraße wird zur Hälfte zum Radweg, die andere Hälfte zum Fußweg und soll nach Abschluss aller Arbeiten den Name Homme Hoekstras tragen. Im weiteren haben wir überlegt, ein oder zwei Sitzbänke aufzustellen. Ein Jahr nach der Einweihung des Mahnmals für Homme Hoekstra sind wir jetzt ein Stück voran gekommen in der Gestaltung. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, dass auf diesem Wege längerfristig intensivere Kontakte zwischen Gröpelingen und Leeuwarden anbahnt werden.

**Raimund**

# "Zuchtvolle Ordnung" der CDU

In den letzten Wochen wurde die Öffentlichkeit immer deutlicher über die Schwarz-Konten-Skandale des Ex-Kanzlers und Ehrenvorsitzenden der CDU Helmut Kohl informiert. Der Protest gegen Kohl wuchs sogar in der CDU. Bei Spitzen-Funktionären der Partei war die Absicht entstanden, einen Neuanfang der Partei zu wagen. Offen blieb die Frage: ob mit oder ohne Kohl und seine Helfer. Schuldig blieben die Neuanfänger auch die Antwort auf die Frage, wie sie es mit ihrem ersten Partei-Programm aus dem Jahre 1947 halten wollen. In der Geschichte ist es auch als "Ahlener Programm" bekannt. Dort ist z.B. nachzulesen: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden (...) Inhalt und Ziel (...) kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben (...) sein!" Das war eine gute und richtige Orientierung! Diese Feststellung kam nicht zuletzt deshalb ins Programm, weil es zur damaligen Zeit christlich-orientierte Antifaschisten in der CDU gab. Darüber hinaus war auch die Stimmung in der Bevölkerung nach der Zerschlagung des Faschismus entsprechend. Sie lautete: *"Nie wieder Krieg und Faschismus!"*

Das war eine Grundstimmung, die nicht in die Politik der westlichen Siegermächte passte. "Nie wieder Krieg", das hätte für sie, besonders aber für die US-Rüstungsindustrie, Stillegung bedeutet. Genau am Export der Kriegsrüstungsgüter hatten sie im Zweiten Weltkrieg enorm hohe Gewinne gemacht. Um dieses "Geschäft" nicht aufgeben zu müssen, leiteten sie den Kalten Krieg ein. Mit ihm sollte die "Brücke" zu neuen, heißen Kriegen geschaffen werden. Auf deutscher Seite war es Adenauer, der ihnen dabei Hilfsdienste leistete. Da sich der von US-Präsident Truman eingeleitete Kalte Krieg gegen die Siegermacht Sowjetunion richtete, fand Adenauer mit seiner Politik sogar Sympathie bei jenen deutschen Kräften, die im Parteiprogramm von 1947 Ablehnung fanden. Das waren tiefbraune Befürworter und Helfer Hitlers, die 1945/46 noch um ihr Leben und ihren Besitz zitterten. Adenauer hatte sie geduldet, geschont und in die CDU aufgenommen. Einige von ihnen wurden sogar zu seinen engen Beratern, bzw. auf seinen Vorschlag hin in die höchsten Staatsämter gewählt.

Das passte alles genau in die kalten Kriegspläne der US-Oberen. Sie hatten weder im Krieg, noch hinterher die Absicht, das faschistisch organisierte kapitalistische System zu zerschlagen. Ihnen ging es um die Rettung des kapitalistischen Systems. Gewünscht von den US-Oberen ließ Adenauer mit alten Generalen die Bundeswehr schaffen. Ihre Aufgabe sollte sein, das Vaterland zu schützen. Die gegenwärtigen Einsätze zeigen aber, dass die Grenzen Deutschlands wie eh und je weit außerhalb des Vaterlands verteidigt werden. Kein Wunder! Denn der tiefbraune Kanzler K. G. Kiesinger nannte die Bundeswehr "Schule der Nation". Was wurde dort gelehrt? Alt-Deutsche Tradition! Kasernen z.B. wurden wie die in Mittenwald (Bayern) mit Namen von Generalen der Wehrmacht benannt. Die in Mittenwald bekam 1965 den Namen von General Kübler. Für seinen grausamen Einsatz während des Zweiten Weltkriegs in Jugoslawien wurde er dort als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt. Wer hatte damals wie auch heute dort wirklich sein Vaterland verteidigt? Deutsche oder Jugoslawen? Ob Bundesverteidigungsminister Scharping eine ehrliche Antwort darauf findet? Oder reagiert er entsprechend einer Auffassung von Professor Ludwig Erhard, der 1972 in einem CDU-Material mit Blick auf die SPD äußerte: "Die SPD hat sich in ein fertiges Bett gelegt (...) Es ist höchste Zeit, wieder zu den gesunden Grundsätzen der (...) zuchtvollen Ordnung zurückzukehren." Wollen die Neuanfänger der CDU unter Frau Merkel in die "Zuchtordnung" der vergangenen Ära oder zum "Ahlener Programm" von 1947? Druck von außen hilft den richtigen Weg zum Ahlener Programm zu finden.

**Alois**

# ... nicht unkommentiert hinnehmen

Mit einiger Bestürzung und Verwunderung bemerkte ich bei meinem jüngsten Besuch in Bremen eine Erinnerungstafel/Inschrift im Herzen der Innenstadt, deren Text ich nicht unkommentiert hinnehmen kann.

Auf der Tafel wird dem Langstrecken-Flugzeug Focke-Wulf FW 200 gedacht, und zwar in einseitiger Glorifizierung ihrer einzigartigen Leistungsfähigkeit auf einem ihrer besonders seltenen zivilen Flüge. Mir ist wohl bewusst, dass die Leistung dieses Flugzeugs eine besondere Erwähnung rechtfertigt, und es ist verständlich, dass Bremen sich um die Würdigung seines/r Erbauer besorgt. Jedoch halte ich es für eine unlässliche Sünde des Verschweigens, wenn in einer Erinnerung an diese Maschine nicht auch erinnert wird an die Tatsache, dass sie sehr viel mehr Menschen den Tod durch Bomben gebracht hat, als dass sie Menschen einander näher gebracht hat durch zivile Flüge.

Man mag dies bedauern und einwenden, dass dies nicht in der Absicht des Flugzeugerbauers lag, sondern die Tat einiger verbrecherischer Menschen war; man mag einwenden, dass die militärische Verwendung des Flugzeugs nicht seine technologische Bedeutung im allgemeinen behindere - im Gegenteil: wir wissen allzu gut, dass gerade die Anpeilung militärischer Ziele regelmäßig zu allergrößten technologischen Fortschritten geführt hat. Es darf mit Fug und Recht daran gezweifelt werden, ob nicht gerade die FW 200 überhaupt nur wegen der Nachfrage der Luftwaffe nach einem Fernstrecken-Bomber gezielt auf die Verwendung als solcher hin entwickelt wurde. Und dass dabei diese Absicht mit der Propaganda vom ersten zivilen Langstreckenflugzeug für den Transatlantikverkehr geflissentlich überdeckt wurde.

Meines Wissens war jedenfalls Hitlers "Kriegs-Trailer" Franco-Spanien schon willkommenes Szenario für den kriegerischen Einsatz ! Ich halte es für geboten, der öffentlichen Erinnerung aus unserer Zeit an ein Flugzeug, das eben auch Symbol ist für die Hybris moderner Technik, auch jene Erinnerungen zuzufügen, die vielleicht nicht populär sein mögen in den Augen einiger positivistisch tümelnder Luftfahrtbegeisterter, die aber doch unauslöschbarer Bestandteil der Historie und der Bedeutung dieses Gegenstandes sind, und deshalb genannt sein müssen. Gegen die Vergesslichkeit und im Namen der Opfer des 2. Weltkrieges.

**Christoph Berndt** (Münster)

# Plakativer Protest

Mit einem selbstgestalteten Plakat trat die Pusdorfer Friedensgruppe jetzt an die Öffentlichkeit. An der Woltmershauser Straße (gegenüber der Akazienstraße) ist eine große Bremen-Fahne, die sogenannte Speckflagge, zu sehen, die um eine Aufschrift ergänzt wurde: "Rüstungsproduktion/-export sind Kriegsentwicklungshilfe und eine Schande für Bremen."

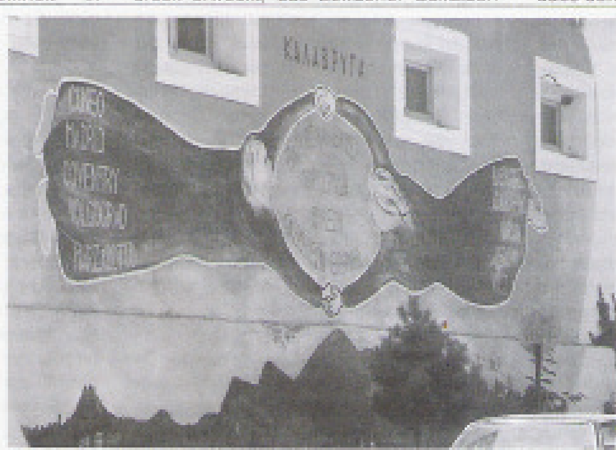
Mit ihrer Aktion kritisiert die Pusdorfer Friedensgruppe, dass immer noch Bremer Firmen am Rüstungsgeschäft verdienen. So stelle die Lürssen-Werft Kriegsschiffe her, STN fertige unter anderem Kampfdrohnen, und die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) schlüge Rüstungsgüter in den Häfen Bremens um. Die Friedensinitiative verbindet mit ihrer Plakataktion die Forderung nach Umstellung der Rüstungsbetriebe auf die Produktion ziviler Güter. Die BLG ruft sie auf, keine Waffen mehr zu verschiffen. "Es ist inkonsequent und zynisch, dass man Kriege in der Welt beklagt, aber dahin Waffen produziert und exportiert," kritisiert die Pusdorfer Friedensgruppe in ihrer Pressemitteilung. Dem Frieden zuliebe solle sich Bremen gänzlich aus dem Rüstungsgeschäft zurückziehen. Hier seien neben der Wirtschaft auch die Politiker gefordert.

**Joachim Fischer**

# Kalavryta: Der Ort eines Wehrmacht-Massakers

Kalavryta steht für das größte Wehrmacht-Massaker, das in Griechenland während des Zweiten Weltkrieges begangen wurde. Im Dezember 1943 hat eine großdeutsche Gebirgsjägereinheit in Kalavry-ta, einem kleinen Ort auf dem Peloponnes, etwa 1.200 Zivilisten im Alter von 16 bis 70 Jahren, als Vergeltung wegen Erschießung von 81 gefangenen deutschen Soldaten durch Partisanen, ermordet.

Am 04. April 2000 legte Bundespräsident Johannes Rau unter großer Anteilnahme der Bevölkerung einen Kranz nieder, bat um Vergebung für die begangenen Gräuel und sprach von einer tiefen Trauer und Scham. Er erinnerte an weitere Massaker in Griechenland, unter anderem an das durch die Waffen-SS 1942 in Distomon.



Kalavytra ist nur ein Opfer des deutschen Großenwahnsinns

Auf Entschädigungsansprüche für die Opfer der Hinterbliebenen angesprochen, zeigte Johannes Rau als bisher erster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland in Gesprächen mit Schülern Verständnis. Immer wieder werden jedoch hier bei uns sowohl regierungsseitig als auch in anderen Zirkeln finanzielle Entschädigungen der Opfer und ihren Angehörigen abgelehnt und dabei der Eindruck erweckt, das Londoner Schuldenabkommen von 1953 und der 2+4-Vertrag (Wiedervereinigungsvertrag) ließen keine konkrete Zahlung zu. Dieses Versteckspiel ist vordergründig und unwürdig. Weder das Schuldenabkommen noch der Wiedervereinigungsvertrag bestimmen nämlich, dass Verbrechen ungesühnt und entschädigungsfrei bleiben müssen.

Wie immer die bereits anhängigen Verfahren vor den höchsten Gerichten in Griechenland und in der Bundesrepublik ausgehen werden, fordert die VVN-BdA, dass den Opfern eine finanzielle Entschädigung zuteil wird, für das, was ihnen durch Waffen-SS und Wehrmacht in Griechenland angetan wurde und sich das erbärmliche Schauspiel wie bei der Zwangsarbeiterentschädigung nicht wiederholt.

Des weiteren erwarten wir, dass die Ausstellung über die "Verbrechen der Wehrmacht" in ihrer ursprünglichen Form wiedereröffnet wird und man sich besonders beim Leiter Hannes Heer offiziell dafür entschuldigt, wie und mit welchen Spitzfindigkeiten und Verunglimpfungen gegen seine Arbeit und seine Person vorgegangen wurde.

Die wenigen Ausstellungsbilder, auf denen andere Straftäter gezeigt wurden, können jederzeit durch authentische Berichte über Verbrechen durch die Wehrmacht und SS-Angehörige ersetzt werden.

**Ingrid und Walter**

# Die vierfache Schuld

Philippe Kohn, Bruder des am Bullenhuser Damm ermordeten Georges-André Kohn, schilderte Schülern, die zur Gedenkfeier Günter Schwarbergs Theaterstück über die zwanzig ermordeten Kinder aufführten (wir berichteten ausführlich über Schwarbergs Buch zum Theaterstück im April-BAF dieses Jahres), vor der Veranstaltung, wie sehr er sich schuldig fühle, dass er seinen kleinen Bruder Georges-André bei der Flucht aus dem Deportationszug, der die Familie nach Auschwitz bringen sollte, zurückgelassen hatte. Aus Angst, er könne sich dabei ein Bein brechen, hatte die Mutter es verboten.

Esther Bejarano und die Gruppe Coincidence unterstrichen den Gehalt der Ansprachen zum Gedenken mit einer Fülle jiddischer und internationaler Lieder, einem Lied in Romanesch, einem türkischen über Buchenwald und Hirsz Gliks aufrüttelndem Lied über die Hoffnung auf eine bessere Welt ("Sage niemals, dass du gehst den letzten Weg").

Zum 55. Jahrestag der Ermordung der 20 jüdischen Kinder in der Schule am Bullenhuser Damm (siehe BAF 05/2000) hat sich der Hamburger Senat seiner Verantwortung gestellt und der Kultusbehörde den hinteren Teil der Schule als Gedenkstätte unterstellt. Filmabende und Vorträge, die nicht unmittelbar Neuengamme selbst betreffen, finden nun an diesem Ort statt. Senatorin Karin Roth sprach davon, wie wichtig es ist, dass die Opfer ihre Namen zurück erhalten haben. Sie sprach auch von den unvorstellbaren Quälereien, denen die Kinder ausgesetzt waren, und dass das Kalkül der Mörder fast aufgegangen sei. Sie würdigte die Beharrlichkeit im Wachhalten der Erinnerungen. In Würdigung des schwer erkrankten Günter Schwarberg sprach Frau Hüsing als Vorsitzende des Freundesvereins über die 15 Jahre dauernden Bemühungen um eine solche Gedenkstätte. Die Straßen eines Neubauviertels in Schnelsen-Burgwedel tragen inzwischen die Namen der 20 ermordeten Kinder.

Es war unser Kamerad Henri Morgenstern (vgl. BAF 02/2000), der an Fritz Bringmann und die Rolle der VVN-BdA bei der Aufdeckung der Mordorgie am Bullenhuser Damm erinnerte. Nicht vergessen werden sollte, dass es 1,5 Millionen Kinder waren, die ähnlich wie die 20 Kinder ermordet wurden. Vierfache Schuld bezeichnete Dr. Henri Morgenstern den Umgang mit den Opfern und ihren Hinterbliebenen. Ohne je dafür bestraft zu werden, konnte Arnold Strippel, der Hauptverantwortliche für diesen Mord, friedlich in seinem Bett sterben. Dienstrang und Gehalt wurden ihm nicht aberkannt. Persilscheine waren in Mode gekommen. Man deckte sich gegenseitig.

Als zweite deutsche Schuld bezeichnete es Henri Morgenstern, dass die Kinder der Täter die Schuld ihren Eltern nie oder nicht konsequent genug vorgehalten, ja dass letztlich auch sie profitiert haben.

Die dritte Schuld sieht er darin, dass im zweiten Weltkrieg sechs Millionen waffenlose Juden Europas ermordet wurden, um sie im Interesse der großen Firmen bestehlen zu können, ohne dass das Diebesgut zurückgefordert werden würde.

Überdies mussten sie als Arbeitssklaven vor ihrem Tode Zwangsarbeit leisten. Nur Überlebende sind anspruchsberechtigt bei der Entschädigung, nicht einmal ihre Kinder, die diese Zeit unmittelbar mitdurchlitten. Diese vierte Schuld könne nur durch Rückgabe allen geraubten Beutegutes getilgt werden. Mahnende Worte wurden leider auch auf einer solchen Gedenkveranstaltung nur mit mäßigem Beifall angenommen.

Daher war es wichtig, sie beim Ostermarsch auf dem Bremer Marktplatz zwei Tage später noch einmal zu wiederholen.

**Raimund**

# Friedensmahnwache zu Ostern 2000

Es muss weiter unsere Aufgabe sein, die Regierenden und die Öffentlichkeit auf die Ungeheuerlichkeit des NATO-Krieges gegen Jugoslawien anzusprechen. Wir fordern Rechenschaft und wir fordern Wiedergutmachung der in ganz Jugoslawien angerichteten Schäden! Ich denke, das anzusprechen, ist heute sogar besser möglich als vor einem Jahr, als es ständig erfolgreiche militärische Schäden zu vermelden gab, und Kritiker als unbelehrbare Illusionisten von vorgestern diffamiert wurden. Inzwischen geraten die Verfechter und Rechtfertiger des Militäreinsatzes gegen Jugoslawien angesichts der ungelösten, von ihnen aber für lösbar gehaltenen Probleme im Kosovo und darüber hinaus zunehmend in Beweis- und Erklärungsnot. Viele, die sich anfangs von der Kriegspropaganda der NATO haben überrollen lassen und die Militärintervention als gerechtfertigt akzeptiert hatten, sind inzwischen nachdenklich geworden bzw. sie fühlen sich von Anfang bis Ende belogen und getäuscht. Diese Situation sollte von uns aufgenommen und genutzt werden, um mit Aufklärung und Aktionen in die Offensive zu gehen! Schon argumentativ haben wir heute einen weitaus besseren Stand als zu Beginn des Krieges am 24. März 1999.

Schon im Jahre 1917 hat der amerikanische Senator Johnson gesagt: "Das erste Opfer eines jeden Krieges ist die Wahrheit." Im Krieg gegen Jugoslawien gilt das so umfassend wie nie. Mit Hilfe der Medien wird ein Feindbild regelrecht zurechtgestrickt, der Gegner wird dämonisiert, z.B. die bewusst irreführende Gleichung Milosevic = Hitler, während die eigenen Interessen und Aktionen in einem um so edleren und helleren Licht dargestellt werden, so dass sich die zerstörerische Militärintervention der NATO geradezu als selbstlose, humanitäre Rettungsaktion ausnimmt, die um der armen Menschen willen zwingend geboten erscheint. "wir führen keinen Krieg, wir leisten Widerstand, verteidigen Menschenrechte, Freiheit, Demokratie," so die Worte von Außenminister Fischer. (...). Das böse Wort von den "Kollalateralschäden" will nicht nur verharmlosen, es will auch verschleiern, dass zivile Ziele nicht nur so nebenbei aus Versehen, sondern ganz bewusst auch angegriffen wurden. Inzwischen weiß man, dass Videos manipuliert worden sind. Beispiel: Die Bombardierung eines Reisezuges auf einer Brücke wurde so übertragen, als ob der Pilot keine Zeit mehr gehabt hätte, sich anders zu verhalten als den Zug zu treffen. Inzwischen ist klar, dass das Video angehalten wurde. Der Pilot hatte in Wahrheit um die 30 s. Zeit, eine Entscheidung zu treffen - sicher menschlich immer noch eine Überforderung. Hinzu kommen Falschinformationen, verkürzte Informationen, Informationsbeschränkungen und -sperren und schließlich die mittlerweile zur Perfektion gereifte "Kunst, Nachrichten die gewünschte Richtung zu geben" (Elvi Claßen). Man hat gelernt. Im Vietnam-Krieg hatte die offene, freie Berichterstattung zu der großen Anti-Vietnamkriegsbewegung geführt. Heute wissen die Herrschenden, dass man das anders machen muss. Kriegsentscheidend sind jetzt nicht mehr nur militärische Aktionen, kriegsentscheidend kann ebenso sein, die sog. "Informationshoheit" über das feindliche Territorium zu erlangen. Das ist neu. Hier haben sich Millionen gutgläubige Menschen vor einem Jahr in die Irre führen lassen. Hier tut Aufklärung not! Übrigens gibt es durchaus Ansätze, das Internet auch für ein friedenspolitisches Informationsnetz zu nutzen.

Was ist das für eine Militär-Strategie, die der Bevölkerung mit so viel Desinformationen und Lügen schmackhaft gemacht werden muss? Es ist die neue NATO-Strategie. Die neue NATO-Strategie begnügt sich nicht mehr mit der Aufgabe der Verteidigung des eigenen Territoriums, sondern nimmt sich das Recht, militärisch einzugreifen, überall wo westliche Interessen, meist Macht- oder Wirtschaftsinteressen, gefährdet erscheinen - einschließlich der Option des atomaren Erstschlags selbst gegen Staaten, die über keine Massenvernichtungswaffen verfügen. Entsprechend diffus ist das Einsatzgebiet der NATO beschrieben: "Nordatlantischer Raum und Randzonen." So will man "Terroristen" und "Schurkenstaaten" bekämpfen können. Auch wieder diese von vermeintlicher Moral triefenden Bezeichnungen! Anders als so manipulativ lässt sich die NATO-Strategie offenbar nicht vermitteln. Hier ist Widerstand angesagt!

Durch die neue NATO-Strategie und ihre Anwendung in Jugoslawien ist ein Klima entstanden, das Krieg zu einem zwar bedauerlichen, aber fast normalen Mittel der Politik machen will, obendrein zu einer Sache, die man soz. "mit links" erledigen kann. Dagegen wehren wir uns! Seit dem friedlichen Ende des Kalten Krieges und dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland wird zunehmend eine neue Kriegsbereitschaft demonstriert: Osterweiterung der NATO, immer weniger Bereitschaft zur Abrüstung, immer niedrigere Hürden beim Rüstungsexport - alles ist ja moralisch begründet in guten Schuhen. Ich sage ganz schlicht: Wir wollen diese Spiel mit dem Feuer nicht mehr, das langsame Gewöhnen an eine Einstellung, dass Kriege unvermeidbar seien, weil die "Bösen" die "Guten" immer wieder stören wollen. Weil die Dinge so in Halbwahrheiten und Lügen verpackt sind, ist der Widerstand komplizierter geworden. Um so mehr muss Aufklärung und Widerstand geleistet werden!

**Ernst Uhl**

# Zwei 20. Juli-Geschichten als Lehre

Im April hatte ich Gelegenheit die Ausstellung: "Der 20. Juli 1944" im Saarland zu besichtigen. In der Information zur Ausstellung heißt es: *"Das Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde zum Symbol für den Widerstand des Militärs im Dritten Reich. Eine Gruppe hochrangiger Offiziere hatte den Plan ausgearbeitet, Hitler (...) zu töten. Und dann in Berlin durch einen Staatsstreich die Macht zu übernehmen. Der Plan scheiterte, Hitler überlebte."* Die entscheidende Kraft bei diesem Plan war Graf Schenk von Stauffenberg.
Da das Attentat gescheitert war, konnte die Nazi-Führung unter Leitung von Hitler, Himmler und Bormann noch in derselben Nacht zum 21. Juli eine Welle von Überprüfungen einleiten, in deren Ergebnis Graf Schenk von Stauffenberg festgenommen und erschossen wurde. Tausende Oppositionelle wurden verhaftet, inhaftiert und in der Folge mit und ohne Verfahren ermordet. Der Krieg ging weiter, und der Holocaust verschärfte sich.

Hätte das Attentat geklappt und der Staatsstreich auch, mit Sicherheit wäre der Krieg früher beendet worden. Es hätte Millionen Kriegstote und sonstige Opfer weniger gegeben. Vor allem wären viele, viele KZ-Häftlinge am Leben geblieben. Sie hätten mit Sicherheit die Kräfte der Nachkriegsjahre gestärkt, die die Fehler des 20. Juli 1932 nicht mehr wiederholen wollten. Während ihrer KZ-Haft hatten sie, Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen beider Konfessionen über diese Fehler von 1932 nachgedacht. Ein solcher Fehler war die Wahl des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Dieser kaiserliche Generalfeldmarschall wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten gewählt. Sie schätzten ihn als Demokraten. Die KPD gab zu dieser Wahl die Losung aus: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg." Die Geschichte gab den Kommunisten Recht. Das einzugestehen, fällt noch heute vielen SPD-Oberen schwer. Das trifft besonders auf den gegenwärtigen Kanzler und seinen Kriegsminister zu.

**Alois**

Red. Anm. zum Stichwort "Preußenschlag": Am 20. Juli 1932 setzte der von Hindenburg eingesetzte Reichskanzler Franz von Papen in einem Staatsstreich die amtierende sozialdemokratische Regierung in Preußen ab. Unter Berufung auf frühere Notverordnungen wurde Papen von Hindenburg zum Reichskommissar ernannt und der militärische Ausnahmezustand über Berlin verhängt.

# Gedanken zum Weg der schwarzen Koffer

Am 21. Juni 1948 begann der Währungsumtausch in der Bizone. Dies war durch ein Abkommen zwischen den Regierungen der USA und Großbritanien am 01. Januar 1947 in Kraft getreten. Gegen die Bizone hatte Stalin Protest eingelegt. Die Spitzenpolitiker der Ostzone hatten politische Freunde in der Bizone besucht, um sie für eine Abwendung der Spaltung zu gewinnen.

Bremen wurde von Wilhelm Pieck und Otto Grothewohl besucht. Sie hatten Begegnungen mit Wilhelm Kaisen und Emil Theil sowie mit Mr. Dunn und Kpt. Jeffs von der USA-Administration. Der Verfasser des Artikels war mit ihnen in der Pressekonferenz, bei der Hüttenbelegschaft, den Veteranen und hat mit den zwei Ostpolitikern ein Interview gemacht, das noch vorliegt. Immer ging es um die Verhinderung der drohenden Spaltung Deutschlands.

Noch gab es Politiker in der Bizone, die das Gleiche wollten. Nicht zu übersehen war, dass die französische Regierung die Währungsreform nicht mitmachen wollte. Die Franzosen traten erst der Bizone bei, nachdem am 01. August 1948 das Saarland für 25 Jahre der französischen Regierung unterstellt wurde. Nun konnten die Einwohner der französischen verbliebenen Zone auch für 600,00 RM 60,00 DM kaufen. Nun waren die Bürgerinnen und Bürger alle gleich arm, wie der Bürgermeister Wilhelm Kaisen verkündet hatte. Die Ostzone musste nach dem 21. Juni auch einen Umtausch durchführen, um zu verhindern, dass die RM die Zone überschwemmt. Wilhelm Kaisen hatte bei einer Bewertung übersehen, dass die westlichen Währungshüter diese Falle eingebaut hatten:

Die Eigentümer von Betrieben mit mehr als 20 Mann Belegschaft konnten sofort, ohne besondere Prüfung, wo das Geld herkommt, über 10 % des Geldvermögens verfügen. Dass die Banken, Konzerne und andere Machtzusammenschlüsse im 2. Weltkrieg mitgenommen haben, was in den überfallenen Ländern mitzunehmen war, daran zweifelte damals niemand. Auch die Alliierten nicht. Sie verurteilten die Flicks, Krupps, Ambrosse reihenweise. Ebenso reihenweise amnestierte Konrad Adenauer die verurteilten Kriegsverbrecher. Ja, er stopfte wie z. B. Krupp noch 25 Millionen in die Taschen.

Ob später dann die schwarzen Koffer schon "gelaufen" sind, konnte eine Prüfung wert sein. Und wie steht es bei den anderen Punkten? 1976 verlor die CDU/CSU mit Helmut Kohl die Wahl. 1980 verloren die gleichen Parteien mit Franz Josef Strauss die Wahl. 1982 wurde die SPD/FDP-Regierung dadurch gestürzt, weil die FDP die Schmidt-Regierung verließ und mit der CDU/CSU mit Helmut Kohl an der Spitze, eine Regierung des sozialen Abbaues bildete.

300 Milliarden Staatsschulden wurden von Kohl übernommen. Mit 1,5 Billionen verlor er sein Regierungsamt. Der Untersuchungsausschuss des Bundestages wird nie nachweisen können, dass das Geld, der schwarze Koffer, die Politik Kohls beeinflusst hat. Und die Staatsanwaltschaften von Bonn und Augsburg?

Wir sollten an den Ruf der DDR-Bürger und -Innen erinnern *"Wir sind das Volk"*.

**Willy**

# Landesmitgliederkonferenz

am **Samstag, 08. Juli 2000** in der Begegnungsstätte Haferkamp
Beginn: **15:00 Uhr**, Mitgliedsbücher bitte mitbringen

**Tagesordnung**

01. Eröffnung, Beschlussfähigkeit
02. Wahl der Versammlungsleitung
03. Ehrung der Verstorbenen
04. Berichte des Landesvorstandes und Kassiererbericht
05. Droht der Bundesrepublik Deutschland eine Faschisierung? (Angefragt: Gerd Deumlich)
06. Grüße und Diskussion
07. Wahl des Geschäftsführenden Vorstandes
08. Wahl der Bremer Delegierten zum Bundeskongress 2000 und in den Bundesausschuss
09. Anträge und Beschlussfassung zum Bundeskongress 2000
10. Schlusswort

**I.A. der Landesvorstand**

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name ____________________
Vorname ____________________
Straße ____________________
PLZ, Ort ____________________
Telefon ____________________
Geb.-Datum ____________________
Beruf ____________________
Bremen, den ____________________
Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

# Antifaschistische Sommerschule der VVN-BdA

Die VVN-BdA-Jugend, will alle antifaschistischen jungen Menschen dazu einladen sie Ende Juli / Anfang August zwei Wochen nach Dieppe in den Norden Frankreichs zu begleiten, um interessante Menschen kennenzulernen, gemeinsam zu feiern, zu lachen, sich weiterzubilden und Themen zu diskutieren.

**Nähere Informationen und Anmeldung beim VVN-BdA-Bundesbüro, Rolandstrasse 16, 30161 Hannover, Tel: 0511-331136, Fax: 0511-3360221, E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de**

# Stadtluft macht frei ?

Der Schriftsteller Johann Gottfried Seume (1763 - 1810) wurde auf seinen Wanderungen 1781 von hessischen "Werbern" aufgegriffen und mit den englischen Truppen nach Amerika gebracht.

Zwei Jahre später kam er nach Deutschland zurück und fiel prompt preußischen Werbern in die Hände. Er desertierte und fand vorübergehend in Bremen Zuflucht. Ein verstecktes Denkmal an der Kleinen Weser (Haltestelle Wilhelm-Kaisen-Brücke) erinnert daran. Am 14. April 2000 wollten Bremer Friedensfreunde mit einer Verhüllungsaktion darauf hinwirken, dass auch Bremen den Beschluss fasst, Deserteure aufzunehmen. **Armin Stolle** hielt eine kurze Ansprache, aus der im folgenden zitiert wird:

"Wie wir alle wissen, ist Fahnenflucht strafbar. Und im Großen Brockhaus heißt es dazu: "Fahnenflucht, Desertion, die unerlaubte Entfernung eines Soldaten aus dem Wehrdienst, um sich seiner Dienstpflicht zu entziehen. Die Fahnenflucht wird nach den Militärgesetzen der meisten Staaten mit schweren Freiheitsstrafen, in besonderen Fällen, namentlich im Felde, mit der Todesstrafe bedroht."

Es ist auch bekannt, wie lange es gedauert hat, bis die Wehrmachtsdeserteure, die den furchtbaren Vernichtungskrieg des Hitlerregimes nicht mitmachen wollten, eine formale Anerkennung bekommen haben (Stichwort: Ludwig Baumann). Und immer dann, wenn es Vorhaben, Aktionen, Unterstützung der Deserteure auch in den letzten Jahren bei uns in der Bundesrepublik gegeben hat oder gibt, gibt es einen erheblichen Widerstand, geradezu einen Aufschrei! (...)

Am 18. Juni 1994 gab es den "Appell von Basel an die Gemeinden und Städte Europas" (ich zitiere verkürzt): "Wir, Städte und Gemeinden Europas, entsetzt über den Krieg, der immer noch das ehemalige Jugoslawien verwüstet, beunruhigt durch das Schicksal, das Hunderttausende Deserteure dieses Konflikts trifft, von denen nur eine Minderheit ins Ausland fliehen konnte, empört über die Doppelzüngigkeit (...), verlangen von den Staaten Europas (...):

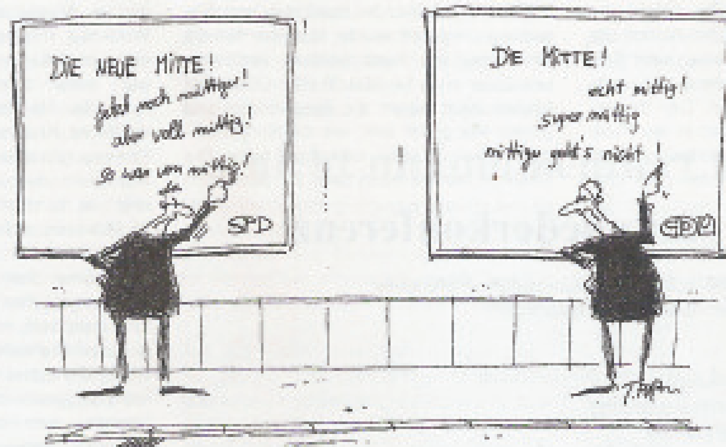
1) Normen zum Schutz von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern (...),

2) geeignete Maßnahmen zur Aufnahme von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern (...)."

Und so gab es im Gefolge dieses Appells Ratsbeschlüsse in mehreren Städten: u.a. in Münster 1996, Osnabrück 1998, Bonn 1999 (...). Entgegen anderer Städte Entscheidungen gab es in Bremen bisher nur die Einzelfall-Prüfung im Rahmen des Asylverfahrens (...).

Lasst mich mit Tucholsky schließen: *"Ich glaube, dass man weiter kommt, wenn man die Wahrheit sagt: Dass niemand von uns Lust hat zu sterben. Dass Soldaten, diese professionellen Mörder, nach vorn fliehen. Dass niemand gezwungen werden kann, einer Einberufungsorder zu folgen (...). Man muss gar nicht (...)."* "

**Raimund**




Aus: Frankfurter Rundschau

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com

Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats.

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)



# Aufgespiesst

*"Wenn man Leute um sich braucht, mit denen man Pferde stehlen kann, braucht man sich nicht wundern, wenn man für einen Pferdedieb gehalten wird."* Das sagte der Tübinger Sozialpsychologe Michael Diehl im Schwäbischen Tageblatt über das "System Kohl".

# Geburtstage im Juni 2000

| | |
|---|---|
| Lore Buchholz | 02.06., 73 J. |
| Ingrid Emmenecker | 08.06., 62 J. |
| Rudi Sonnet | 11.06., 78 J. |
| Hermann Gautier | 25.06., 80 J. |
| Marta Minder | 27.06., 75 J. |
| Ingeborg Breidbach | 27.06., 72 J. |
| Franz Dehnhardt | 30.06., 67 J. |

**Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand**